

# Haushalt und Finanzen 2013



## **Rede des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Norbert Vogelpohl, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2013 am 19. Dezember 2012**

*(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)*

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
vor Jahren das Konjunkturpaket, für den aktuellen Haushalt die Regionale, für 2013 der Klimaschutz. Das Deckblatt des Haushaltsbuches transportiert stets auch eine politische Aussage. Und diesmal, Herr Landrat, rücken Sie mutig den Klimaschutz in den Blickpunkt. Diese Entscheidung ist angemessen und richtig.

Nicht ohne berechtigten Stolz haben wir vor kurzem den unseren Preis im Rahmen des European Energy Award in Oberhausen abgeholt. In kurzer Frist und mit hohem Engagement hat das Klimaschutz-Team der Kreisverwaltung ein preiswürdiges Konzept erarbeitet und umgesetzt. Für diese Leistung möchte ich den Beteiligten den Dank meiner Fraktion aussprechen.

Wer die erste Hürde übersprungen hat, nimmt sich gerne auch die zweite vor. Wir sollten natürlich beim Klimaschutz nach „Gold“ streben. Nur, von den bisher erreichten 54 Punkten bis zu der dann erforderlichen Marke von 75 Punkten ist es noch ein weiter spannender und chancenreicher Weg. Die Parallele aus dem Sport drängt sich auf: Je besser die bereits erbrachte Leistung ist, desto ruhmreicher sind weitere Verbesserungen. Aber, Herr Dr. Wenning, Gold haben wir noch lange nicht im Sack!

Dieser Haushalt, den Sie Herr Landrat uns für das Jahr 2013 vorgelegt haben, soll also ein Klimaschutzhaushalt sein. Hält der Inhalt, was das Deckblatt verspricht?

„Klimaschutz ist der Sammelbegriff für Maßnahmen, die einer durch den Menschen verursachten globalen Erwärmung entgegen wirken und mögliche Folgen abmildern oder sogar verhindern sollen.“ So ist es bei wikipedia nachzulesen. Wir haben uns im Kreis Coesfeld gemeinsam die bilanzielle Energieautarkie, leider noch ohne Zieldatum, vor die Brust genommen. Ein zweifellos ambitioniertes Ziel, denn: unter dem Begriff „Energie“ werden hier Strom, Wärme und Treibstoffe zusammengefasst. Für diese Energien geben wir gemeinsam über 500 Millionen €, oder etwa 10 % des kreisweiten Bruttoinlandsproduktes, aus. Kaufkraft, die für den lokalen Wirtschaftskreislauf nicht mehr zur Verfügung steht. Lokale Klimaschutzmaßnahmen haben also auch eine große Bedeutung für die lokale Wirtschaft. Erforderlich sind der Ausbau der Erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz.

Welche Impulse gibt der vorliegende Haushaltsentwurf für diese drei „E“? Sie, Herr Landrat, verweisen gerne auf Projekte wie „Energetisch Wirtschaften“. Erst durch Nachfragen wird aber deutlich, Sie, Herr Püning, verantworten hier eine Kürzung von 30%. Für „Ökoprotit“, „Clever wohnen“ und „Energiequelle Wallhecke geben“ wir als Kreis ganze 5.500 Euro aus – sensationell?! Wenn wir als Kreis nicht nur ein gutes Vorbild sein wollen, sondern Motor einer Entwicklung, dann ist das entschieden zu wenig. Unser Antrag, hier 5000 Euro zusätzlich einzustellen, ist bezogen auf den Betrag peinlich bescheiden. Wurde er von der Mehrheit abgelehnt, weil er bezogen auf den Status Quo zu gewaltig ist? Diskussionen um einen Klimaschutzmanager, der Klimaschutzprojekte entwickeln und umsetzen sowie Fördermittel einwerben könnte, werden mit dem Hinweis auf die Kassenlage abgewürgt. Der Kreis Steinfurt belastet seine BürgerInnen nur wenige Cent mehr, und erzielt dennoch beispielhaft gute Ergebnisse. Klimaschutz, richtig gemacht ist ein Wirtschafts-, Job- und Einkommensmotor.

Den Begriff „Energierregion Münsterland“ haben Sie, Herr Stauff, in der Sitzung des Kreisausschusses als „erschreckender Begriff“ und „Polemik aus Düsseldorf“ abgetan. Diese Bemerkung sagt sehr viel aus über die FDP und nichts über die GRÜNEN! Zeitungleser wissen, dass wir in Gesprächen mit der Landwirtschaft, aber mit der Industrie und dem Handwerk stehen. Für die Anregung zu unserem Antrag „Energierregion Münsterland“ bedanke ich mich daher an dieser Stelle bei Herrn Schulte-Übbing (Hauptgeschäftsführer der IKH), der Regierungsvizepräsidentin Dorothee Feller oder auch Herrn Klaus Ehling. (WN 13.07.2012)

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, stimmen also nicht nur wieder einmal unbesehen und unbedacht einen Antrag der GRÜNEN nieder. Sie nehmen nicht einmal mehr wichtige Impulse führender Persönlichkeiten des Münsterlandes wahr!

Sie haben zudem ihren innerlichen wirtschaftspolitischen Kompass verloren. Ist es da ein Wunder, wenn die Westfälischen Nachrichten in großer, journalistisch schöner Aufmachung, einen Brandbrief hinterherschicken: "Keiner spricht für das Münsterland"? Auf dieser Doppelseite, meine Damen und Herren, empfiehlt der Vorsitzende der grünen Landtagsfraktion und langjähriger Münsterländer, Reiner Priggen dem Münsterland, nicht in die Klagearien des Ruhrgebietes einzustimmen, sondern eine Vorreiterrolle mit landesweiter Beachtung zu übernehmen.

Wird die CDU deshalb überflüssig?

Nein, meine Damen und Herren, wird sie nicht! Wenn wir den großen Schatz heben wollen, den die Energiewende bereithält, dann müssen alle mittun. Oder, um den Landrat des Kreises Steinfurt zu zitieren: "Es ist keine Frage der technischen Möglichkeiten, es ist einer Frage des politischen Willens." Deshalb appelliere ich an die CDU: Nehmen sie Anlauf und springen Sie über Ihren eigenen Schatten, zum Wohle des Kreises Coesfeld, springen Sie in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien, stolpern Sie nicht hinterher.

Unsere Anträge zum Klimaschutz waren in der Vergangenheit für diese Runde so wenig mehrheitsfähig, wie jetzt unsere Vorschläge zum Artenschutz. Die Erfahrung aus zurückliegenden Jahren gibt uns allerdings Hoffnung. Den Antrag „Thermografieaktion“ haben Sie im November 2004 wenn nicht niedergeschrien, so doch niedergestimmt. Die Ideen von unserem Fraktionsmitglied Wilhelm Kraneburg fanden sich dann plötzlich doch in dem Projekt „Clever Wohnen“ wieder. Also, Herr Schulze-Esking, unsere Ideen sind zustimmungsfähig – es dauert bei Ihnen leider zu lange! Sie setzen aus taktischen Gründen unsere Zukunft aufs Spiel!

Mit dem gut funktionierenden Förderinstrument „Vertragsnaturschutz“ und der „Flächenstilllegung“ wurden in der Vergangenheit auch im Kreis Coesfeld wichtige Überlebens- und Rückzugsräume für seltene und vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten geschaffen. Beides gehört leider der Vergangenheit an. Dies wurde uns u.a. von Herrn Dr. Martin Woike auf dem Alten Hof Schoppmann in Darup vor Augen geführt. Um Gegenzusteuern haben wir die Optimierung von Naturlebensräumen beantragt, sie haben sich für Informieren und Sensibilisieren entschieden. Das ist uns entschieden zu wenig. Wobei, unser Vorschlag hätte nur wenig Geld, aber Sie – meine Herren zu meiner Rechten - offensichtlich zu viel Überwindung gekostet.

Man mag es kaum glauben, aber der Kreis Coesfeld hat 2011 und jetzt wieder in 2012 für Naturschutzmaßnahmen, Landschaftsplanung, Naturdenkmäler und Vertragsnaturschutz jeweils rund 30.000 € ausgegeben. Das entspricht 0,12 Promille des Kreishaushaltes. In der Tat eine lächerliche Summe in Anbetracht der drängenden Aufgabe unseren Artenschwund, unsere Parklandschaft und unsere Lebensgrundlagen einigermaßen im Gleichgewicht zu halten. Seit Jahren schon wiederholt sich dieses Täuschungsmanöver, es wird nur ein Bruchteil der Haushaltsansätze für diesen Bereich genutzt.

Der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt, das kurz vor dem Erreichen der zeitlichen Zielmarke besondere Aufmerksamkeit erhält. Das Ziel lautet, ein bedarfsgerechtes Angebot bereit zu halten. Die Angebotsquote von 35 % ist dabei nur eine Orientierungsmarke. Aber: Wie groß werden, angesichts des demografischen Wandels, die Geburtenzahlen in fünf oder zehn Jahren sein? An welcher Stelle wird sich die Nachfrage nach einem Betreuungsangebot kristallisieren? Ist das erforderliche Personal erreichbar? Wird das Angebot der Tagesbetreuung von den Eltern akzeptiert und angenommen? Vor dem Hintergrund all dieser Unwägbarkeiten müssen wir feststellen, dass auch hier die Mitarbeiterinnen der Kreisverwaltung eine gute und engagierte Arbeit leisten.

Bei dem Stichwort „Inklusion“ denken wir zunächst an die „schulische Inklusion“. In einer Resolution haben wir uns als Kreistag zu dieser Zielstellung bekannt und auch berechtigterweise die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen eingefordert. Dies ist aus unserer Sicht ein guter Einstieg. Wir sollten uns vornehmen, im Bereich der Inklusion beispielgebend für andere Flächenkreise zu werden. Mit dem „Stift Tilbeck“ haben wir dazu im Kreisgebiet einen überaus kompetenten Ansprech- und Kooperationspartner. Aber Inklusion reicht weit über die Schule hinaus. Die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes liegt in der Hand der Kommunen. Der Frage, wie Barrieren in der Arbeitswelt abgebaut werden können, worin diese überhaupt bestehen, der müssen wir hier noch gemeinsam nachgehen. Die Inklusion ist eine Aufgabe, die nicht innerhalb einer Dekade abgearbeitet werden kann!

Gibt es eine schlimmere Nachricht, als im Zuge von Haushaltberatung kurzfristig eine Mehrbelastung von 600.000 € zu verkünden? Ich vermute, Herr Gilbeau, auf diese Mitteilung im Finanzausschuss haben Sie sich nicht gefreut. Natürlich müssen wir uns jetzt fragen, was macht der RVM überhaupt mit dem kommunalen Geld? Was geht da vor? Noch wichtiger aber ist die Frage, wie wollen wir unseren öffentlichen Personennahverkehr künftig gestalten. Wir sind uns sicher einig: Der ÖPNV ist für die Lebensqualität in einem Flächenkreis von großer Bedeutung, im Hinblick auf den demografischen Wandel umso mehr. Aber auch für den Klimaschutz. Beim EEA werden wir „Gold-Niveau“ nur erreichen, wenn wir beim ÖPNV einige Schippen drauf legen. Ein gutes Angebot bei Bus und Bahn kann in vielen Familien dazu führen, dass der fast schon obligatorische Zweitwagen entbehrlich wird. Oder: Der Bus als Zweitwagen mit Chauffeur. Wir stehen vor der

Herausforderung das Angebot zu verbessern, ohne dabei die privaten wie auch die öffentlichen Haushalte über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Das ein verbessertes Angebot zu einer steigenden Nachfrage führt ist an jedem Bahnhof im Kreisgebiet abzulesen. Wir kennen die großen Arbeitgeber im Kreisgebiet, wir kennen die Pendlerströme. Daher, lassen sie uns den Berufspendlern ein Angebot machen, dass diese schon aus finanziellen Gründen nicht ausschlagen können. Es schont das Klima und steigert obendrein noch die Verkehrssicherheit!

Nicht nur der RVM, auch der FMO erschreckt uns – in diesem Fall seit Jahren - mit teuren Abschlussberichten. FMO erinnert an den „Neuen Markt“: Wohlklingende Mitteilungen, katastrophale Wirtschaftsergebnisse aber hochtrabende Pläne. Pläne, die wie Seifenblasen zerplatzen.

Für die Urlaubsreisenden mag das Angebot in Greven in Ordnung sein, für Geschäftsreisende gilt dies offenkundig nicht. Jetzt, wo es heißt: von der Autobahn an die Landebahn, soll noch fix der Gleisanschluss gelegt werden. Dieser Vorschlag ist nicht ganz neu. Sie kennen den Karnevalsschlager: „Wer soll das bezahlen? Wer hat so viel Geld?“ Wer die Anbindung des FMO an das Schienennetz will, der sollte sich besser für eine Shuttle-Verbindung zwischen dem IC-Bahnhof Greven und der Hüttruper Heide einsetzen. In der „Energie-Region Münsterland“ muss das natürlich ein Elektro-Bus sein! Ist dieser Vorschlag zu mutig oder zu praktisch?

Mit zunehmender Häufigkeit und steigender Lautstärke wird hierzulande und heutzutage der Fachkräftemangel beklagt. Was steckt hinter diesem Klagegedicht? Die Befürchtung, dass die Fachkräfte für ihre geleistete Facharbeit eine angemessene Bezahlung nicht nur fordern sondern auch zunehmend werden durchsetzen können? Das zwingende Eingeständnis, trotz energischer Aufforderung, trotz erkennbarer Engpässe – nicht hinreichend ausgebildet wurde? Die Verweise auf den demographischen Wandel oder die Abwanderung junger Techniker und Ingenieure, wie sie der Münsterland e.V. dokumentiert, greifen zu kurz. Wir können auch im Kreis Coesfeld unseren Teil tun, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Zwei Hinweise:

Wir leben in einer aufstiegsorientierten Gesellschaft. Nach Abschluss ihrer dualen Berufsausbildung fragen sich viele dieser engagierten junge Fachkräfte: Wie geht es jetzt weiter? Zur Wahl stehen die Arbeit in einem Betrieb oder die Weiterqualifikation in der Schule oder ein Studium. Im Kreis Coesfeld stehen deutlich weniger Kombinationsmöglichkeiten bereit als angeboten werden könnten und müssten. Wer hindert z.B. die Berufskollegs, ihre berufsbegleitenden Angebote auszubauen?

Eine fehlende formale berufliche Qualifikation ist bekanntlich ein sehr großes Beschäftigungshemmnis. Von den SGB II-Beziehern ohne Berufsausbildung unter 35 Jahren haben etwa 20% eine Hochschulzugangsberechtigung. Diese Zahl sollte uns zu Nachdenklichkeit anregen und unsere Kreativität herausfordern, wie diese Potenziale genutzt werden können.

Der Fachkräftemangel ist kein plötzliches Naturereignis, wir sind ihm nicht plötzlich schutzlos ausgeliefert. Er hat sich abgezeichnet und wir haben Reaktionsmöglichkeiten. Wenn wir aber die prognostizierte Zahl der SGB II-Bedarfsgemeinschaften unter dem Eindruck der letzten Monate mit leichter Hand von 4050, wie es der Haushalt 2012 noch vorsah, auf 4200 erhöhen, dann vermittelt das den Eindruck, dass wir hier eben nicht mutig genug nach Chancen und Optionen suchen. Wir wissen: Klimaschutz schafft Arbeitsplätze. Nicht nur bei der Gebäudesanierung. Darüber hinaus sind wir sicher: Durch Klimaschutzmaßnahmen lassen sich sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten für derzeitige SGB-II-Empfänger entwickeln. Allerdings nicht durch Handauflegen und Knopfdruck.

Welche Ziele stecken wir uns im Bereich der sozialen Prävention? Sind unsere Präventionsketten durchgängig, zuverlässig und belastbar? Wie helfen wir gefährdeten Kinder, damit sie eben nicht auf die schiefe Bahn geraten? Statistiken zeigen, in welcher erschreckender Größenordnung unerledigte Aufgaben vor uns liegen. Die Rückfallquote nach Jugendstrafmaßnahmen beträgt rund 70 Prozent. Das verdeutlicht, dass Abwarten und Wegsperrungen keine Lösungen sind. Zudem: Jeder Platz in Heimunterbringung oder Jugendstrafvollzug kostet jährlich über 40.000 Euro. Verbunden mit der oftmals mangelnden Schul- und Ausbildung der betroffenen Kinder und Jugendlichen, sind die anschließenden Folgekosten immens. Wir sollten uns vor Augen halten, dass jedes Kind, das noch die Kurve kriegt, ein Gewinn ist für die Gesellschaft.

Wir wissen – und das betrifft vor allem die sozialen Aufgaben – dass unser HH strengen Sparauflagen unterliegt und sogenannte freiwillige Leistungen kaum vorkommen. Präventive, komplementäre Angebote in der Alten- und Jugendpolitik, in der Gesundheitsvorsorge, in der Arbeitsmarktpolitik und in der Behindertenhilfe brauchen aber ergänzende Angebote zu den pflichtgemäßen Maßnahmen. Um das Ziel „ambulant vor stationär“ wirksam unterstützen zu können sind wir aufgefordert, fehlende Angebote zu erfassen und Abhilfe zu leisten. Wir sind mit Ihnen, Herr Landrat, einer Meinung, dass die Aufstockung des Jugendhilfeetats zur Durchführung präventiver Maßnahmen letztlich dazu geführt hat, dass glücklicherweise weniger Jugendliche in Einrichtungen überwiesen werden mussten mit dem erfreulichen Effekt für den Haushalt, über den wir uns in diesem Jahr freuen konnten. Nach diesem Beispiel sollten wir auch in den anderen sozialen Bereichen fortfahren.

Wir haben gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass der Kreis seine Aufgaben gut ausführen kann. Dabei kommen wir nicht umhin, der Wahrheit ins Auge zu sehen. Dazu gehört auch, dass wir die Wertverluste unserer Liegenschaften und Kreisstraßen durch Unterhaltungsmaßnahmen periodengetreu ausgleichen. Wann haben wir zuletzt den Substanzerhalt faktisch in einem Haushaltsjahr erreicht? Der Verweis auf das Konjunkturpaket mag für die letzten Jahre einige Unterlassungen entschuldigen. Jetzt hilft das nicht mehr. Wir müssen endlich handeln. Dazu haben wir GÜRNEN einen gestuften Prozess vorgeschlagen. Seit Einführung des NKF finden wir im Haushalt zum Substanzerhalt nur blumige Zielformulierungen, denen sie wieder einmal die Finanzausstattung verweigern. Regelmäßig erhalten wir durch den

Rechnungsprüfungsbericht eine schriftliche Verwarnung. Ebenso regelmäßig haben wir GRÜNEN in den Haushaltsreden auf diesen blinden Fleck hingewiesen! Die Zeit der Unverbindlichkeit und Protokollnotizen ist abgelaufen. Wir müssen uns jetzt endlich erkennbar um den Substanzerhalt kümmern.

Unsere Kinder werden es uns nicht danken, wenn wir dereinst nicht nur die Schulden sondern auch die Infrastruktur des Kreises in Luft aufgelöst haben sollten.

Dass die Landkreise die Kosten für die Tierkörperbeseitigung, diese Kollateralschäden der „Veredelungswirtschaft“, übernehmen, ist heute keinem Menschen im Münsterland mehr zu vermitteln. Hier den Kreishaushalt um 600.000 Euro zu entlasten, ist Ihnen nicht das Handheben wert gewesen. Herr Gilbeau, haben Sie diese Position schon einmal auf Schweine oder Hühner im Kreisgebiet umgerechnet?

Stattdessen gilt die Doktrin: Kein neues Personal! Aufgabenzuwächse sollen intern ausgeglichen werden. Wie lange soll das noch gelten? Wir sehen, dass hier das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Zumal: An verschiedenen Punkten ist deutlich geworden: Mehr MitarbeiterInnen können auch Mehreinnahmen oder Minderausgaben bedeuten. Noch erleben wir an vielen Punkten eine Mitarbeiterschaft in der Kreisverwaltung, die motiviert und kompetent, mit hoher Identifikation die übertragenen Aufgaben erfüllt. An dieser Stelle möchte ich Sie, Herr Landrat bitten, unseren Dank für die geleistete Arbeit an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu übermitteln.

Wir sehen durchaus, dass in wichtigen Feldern im Bereich Jugend, Soziales, der U3- Betreuung oder der Inklusion richtige Weichenstellungen vorgenommen worden sind.

Wir vermissen jedoch den Mut, den Haushalt generationengerecht aufzustellen. Wie lange wollen wir das Vermögen unserer Kinder verzehren?

Herr Püning, Sie haben diesen Haushalt mutig unter die Überschrift „Klimaschutz“ gestellt. „Mut steht am Anfang des Handelns, am Ende Glück.“ (Demokrit) Dieser Haushalt will nur leider beim Klimaschutz sehr viel weniger Klimaschutz entfalten als möglich und nötig ist. Es fehlt offenkundig an Mut. Wundern sie sich nicht, wenn ihnen am Ende auch das Glück fehlt.

Herr Püning, sehr geehrte Damen und Herren. Diesen Haushalt müssen wir GRÜNEN entschieden ablehnen.